

Verbot, unreife Kartoffeln auszunehmen.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Herbstkartoffelernte wird auf folgendes hingewiesen:

Die Verordnung über die Kartoffelernte vom 18. Juli 1918 (RGL. S. 737 ff.) enthält folgende noch gültige Bestimmungen:
§ 11. Die Kartoffelernteger sind verpflichtet, die Kartoffeln sachgemäß zu ernten. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können nähere Anordnungen treffen.
§ 18. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den Vorschriften in § 11 oder den auf Grund von § 11 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt.
Neben der Strafe können die Vorstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Ein Verstoß gegen die Vorschrift, die Kartoffeln sachgemäß zu ernten, liegt vor, wenn Kartoffeln unreif der Erde entnommen werden, gleichgültig, ob es sich dabei um frühe, späte oder sonstige Kartoffeln handelt.

Dresden, den 9. Juli 1920.

974 V L A IV.

Wirtschaftsministerium.

Vorbeflieferung von Brotmarken.

Der Bezirksverband steht sich gezwungen, anderweit darauf hinzuweisen, daß eine Vorbeflieferung von noch nicht fälligen Brotmarken nach wie vor verboten ist. Uebertretungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft; auch kann gemäß § 71^a die sofortige Schließung der betr. Bäckerei verfügt werden.

Bezirksverband Glauchau, am 10. Juli 1920.

Freiherr v. Biele, Amtshauptmann.

Der Stadtrat verbietet mit dem heutigen Tage jeden Straßenhandel mit Milch. Sämtliche Milchhändler haben die von ihnen nach der Stadt gebrachte Milch ausnahmslos im Hofe des häuslichen Lebensmittellagers und nur an milchbezugsberechtigte Personen gegen Milchkarte zu verkaufen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft, auch kann der Milchhandel entzogen werden.

Sachsenheim-Greifthal, am 8. Juli 1920.

Der Stadtrat.

Dr. Paß.

Erbsen (Ersatz für Kartoffeln), 1 Pfd. 240 Mk. 1-200: Lorenz, Hüttengrund, 201-400: Müller, Schützenstr., 401-600: Reusel, Bismarckstr., 601-800: Reuter, Bismarckstr., 801-1200: Werner, Kämpfstr., 1201-1600: Uhlig, Schubertstr., 1601-2000: Erdger, Schubertstr., 2001-2200: Winter, Kämpfstr., 2201-2700: Köhler, Almbacher Str., 2701-3000: Wagner, Gentzstr., 3001 bis 3200: Wagner, Oststr., 3201-3400: Kürschmann, Altmannstr., 3401-3700: Weitzel, Altmannstr., 4001-5850: Konsum-Berein.

Bohnen (Ersatz für Kartoffeln), 1 Pfd. = 240 Mk. 1-200: Lorenz, Hüttengrund, 201 bis 450: Müller, König Albrechtstr., 451-700: Schneider, Altmannstr., 701-1000: Schmidt, Kämpfstr., 1001-1400: Straß, Kämpfstr., 1401-1750: Fiesch, Beintellierstr., 1751-2000: Baumgärtel, Kämpfstr., 2001-2400: Rügler, Sandgraffstr., 2401-2800: Fricke, Hohe Str., 2801-3000: Weigel, Bismarckstr., 3001-3700: Reiser, Oststr., 4001-5850: Konsum-Berein.

Wassermelade, jede Person 1 Pfd. = 370 Mk. 1-200: Lorenz, 201-1400: Bretschneider, 1401-2700: Egerland, 2701-3700: Fiesch, 4001-5850: Konsum-Berein, 7001-7500: Verkaufsstelle für Fischeleide.

Kohlsaft, jede Person 50 g = 150 Mk. bei den Fischeleide.
Sandbutter, jede Person 50 g = 1,10 Mk. 4811-4980, 6201, 7001-7500: Beyer, 2601-3340, 4981-5010: Bäcker.

Holz-Verkauf. Donnerstag, den 15. Juli d. J. erhalten die Haushaltungen in Ostl. Str. 251-349 und 501-657 Holzmarken im Rathaus, Zimmer Nr. 9 - Waage - Der Verkauf selbst findet am genannten Tage im Rathaushofe statt. Die Markenausgabe erfolgt zur Ostl. Str. 251-300, 9-10: 301-349, 10-11: 501-550, 11-12: 551-590, 2-3: 591-620, 3-4: 621-657. 1 Sentner gut getrocknetes Holz kostet 18 Mark. Die obigen Reiten müssen streng eingehalten werden.

Manu- und Klauensteuer in Oberlungwitz. Otto Käder hier ist die Manu- und Klauensteuer amtlich festgestellt worden. Der Spreckbezirk umfaßt den Ortsteil von der Herrmannstraße bis zur Ruhungerstraße. Das Brodachtungsgebiet erstreckt sich auf den Kleinen Ort. Die in Nr. 129 dieser Zeitung veröffentlichten Vorschriften sind auf das Gewissenhafteste zu befolgen.
Oberlungwitz, am 13. Juli 1920.

sprechen auf die deutschen Gebiete lag. Wieder einmal hat die Welt einen Beweis dafür erhalten, wie die Feinde mit deutschem Land, mit deutschen Menschen zu schwachen Gedanken, wie in Versailles das Selbstbestimmungsrecht der Völker verhöhnt worden ist. Denn wahrlich, wo ein Abstimmungsgebiet festgestellt wird, wie in Ost- und Westpreußen, da konnte doch von vornherein kein Zweifel bestehen, da konnte nur irrationale Großmännlichkeit und wildgewordener Annexionswahn auf den Gedanken verfallen, politische Geschäfte machen zu wollen. Nun, die Polen haben die Quittung erhalten und das ist gut für auch für die Zukunft. Die Ostfrage ist für uns Deutsche mit dieser Abstimmung natürlich noch lange nicht erledigt, nein, damit fängt ihre Lösung erst an. Der berühmte „Korridor“ in Westpreußen, die polnische Festsitzung an der Ostsee, sie müssen heute der Welt in einem anderen Lichte erscheinen, als im vorigen Jahre. Zwölf Deutsche kommen auf einen Polen im westpreussischen Abstimmungsgebiet. Im Korridor ist das Verhältnis nicht anders. Man gebe der dortigen Bevölkerung das Recht, ihre Meinung kundzutun und man wird einen Begriff davon bekommen, wie schmachvoll man mit deutschen Menschen verfahren ist, mit welcher brutaler Gewalt man ihnen ein fremdes Joch aufgeschwungen hat. Die neuen Machthaber mögen sich fernernhin gefallen, den Herren zu spielen, hier, wo es nichts kostet, wo auch im Augenblick nichts riskiert wird, wo französische und englische Maschinengewehre ihnen ihr sogenanntes „Recht“ garantieren. Die Zeiten werden sich ändern und fast scheint es, als ob es schneller gehen sollte, als die meisten von uns erwartet haben. Auch für die Deutschen in dem noch unterjochten Westpreußen, auch für unsere Landsleute in Polen wird die Befreiungstunde schlagen. Das Unterpfand dafür ist der heilige Wille zum Deutschland, der sich in der jetzigen Abstimmung bewährt hat.

Was wird nun? Nun werden selbstredend die Abstimmungsgebiete von der fremden Behörde erlöst und wieder mit dem Reiche vereinigt. Biletschit müssen wir uns aber auf eine neue Gemeinheit gefaßt machen. Im Artikel 95 des Friedensvertrages ist nämlich gesagt, daß die Grenzlinie festzusetzen sei unter Berücksichtigung sowohl des durch die Abstimmung kundgegebenen Willens der Einwohner, als der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortsgemeinschaften. Die Polen werden sicher versuchen, jedes

einzelne Ergebnis, das eine im polnischen Sinne günstige Deutung zuläßt, für sich auszunutzen. Der Kampf geht in Westpreußen ja hauptsächlich um die Eisenbahnlinie Marienburg-Deutsch-Euplau-Mlawo. Die Polen sehen alles daran, sie zu bekommen, um eine zweite Verbindung von der Ostsee nach Warschau zu haben. Um es gleich zu sagen: einen Rechtsgrund für solche Ansprüche haben sie nicht. Auch in den relativ am stärksten mit Polen durchsetzten Kreise Stuhm, durch den die Bahn geht, ist offenbar zum großen Teil deutsch gestimmt worden, Johannesdorf, den wichtigsten Stützpunkt der Polen zwischen dem Korridor und der polnischen Enklave im Kreise Stuhm, zu erobern. Wenn es also nach Recht und Gerechtigkeit geht, wenn auch geographische und wirtschaftliche Gesichtspunkte Berücksichtigung finden sollen, dann muß das ganze Abstimmungsgebiet deutsch bleiben. Jedes andere Verfahren wäre krafter Rechtsbruch, nackte Vergewaltigung.

Ein Unterbringungsplan für die zu entlassenden Reichswehrleute.

Der Reichswirtschaftsverband deutscher Berufsleute hat hinsichtlich der Unterbringung der 100 000 Mann, die entlassen werden müssen, folgende Vorschläge gemacht. Der Reichswirtschaftsverband übernimmt die Unterbringung der Unteroffiziere und Mannschaften in gemeinnützigen Werkstätten. Diese werden in den zahlreichen völlig oder fast ganz brachliegenden Reichswehrgeländen errichtet. Diese Werkstätten stellen heute ein unverzinsliches Milliardenvermögen dar, das noch Millionen an Zuschuß erfordert, damit sie nicht verfallen. Ein Teil dieser Werke wird vom Staat zur Verfügung gestellt, desgleichen Betriebsmaschinen und ein Kapital als Vorschuß für die Inbetriebnahme. Der Reichswehrminister trifft besondere Uebergangsbestimmungen über die Löhne der Berufssoldaten. Als Produktion ist die Werke zunächst das in Aussicht genommen, was der Staat am nötigsten braucht. Mit diesen gemeinnützigen Werkstätten wären Großsiedlungen zu verbinden. Auf staatl. Verleihen zur Verfügung gestellten Gelände sollen die neuen Arbeiter in gemeinschaftlicher Arbeit nach ihrem Arbeitsstunden-Arbeitszeit sich ihr eigenes Haus erbauen und ihren Morgen Land gemeinsam urbar machen. Dieser Plan soll bereits die grundsätzliche Zustimmung der beteiligten Ministerien gefunden haben.

Der Ausstand in den Braunkohlengruben beendet.

In den Bergwerksrevieren von Zeitz, Weiskensfeld, Neuselwitz, Raumburg und Zschorna wurde nach dem Beschluß einer Konferenz von Streikführern und Vertretern der freien Gewerkschaften, die in Halle erzielte, gestern auf allen Gruben der Ausstand für beendet erklärt. Man will durch eine Abordnung bei der Regierung wegen des Steuerabzuges vorstellig werden. Die Festzüge an die Bergleute soll in bar verlangt werden.

Englische Schiffsverkäufe an Deutschland.

Gerüchte von der Absicht englischer Reedereien, eine größere Zahl der den Deutschen als Entgelt für Scapa Flow abgenommenen Schiffe an deutsche Reedereien oder an die deutsche Regierung zu verkaufen, werden in unterrichteten Kreisen bestätigt. Es wird dabei besonders hervorgehoben, daß die Regierung von englischer Seite ausgegangen ist. Gleich nach Abschluß des deutsch-amerikanischen Schiffsverkehrsabkommens machte sich die Bereitwilligkeit der Engländer zur Anbahnung von Beziehungen bemerkbar. Die englischen Reedereien haben sich der Vermittlung des Grafen Luovitch von der deutschen Gesandtschaft in London bedient, der den deutschen Reedereien dem Vornehmen nach sogar mit Zustimmung der englischen Regierung das Anerbieten machte, daß die Schiffe den Deutschen sofort zur Verfügung gestellt werden könnten und für die Bezahlung ein fünfjähriger Kredit gewährt werden würde. Die Forderung, daß die Schiffe die britische Flagge führen, wurde von den deutschen Reedern abgelehnt, wonach die Engländer vorschlugen, daß sie eine neutrale Flagge führen sollten. Die Schiffe sind übrigens schon längere Zeit am englischen Schiffsmarkt angeboten.

Das erste Porzellan-Edel im Verkehr.

Das erste Porzellan-Edel aus der Porzellanmanufaktur Meissen ist bereits fertiggestellt. Die neuen Porzellanmünzen sind von Paul Börner modelliert. Die neuen Münzen haben ein ganz eigenartiges und modernes Gepräge erhalten. Die für das Deutsche Reich bestimmten Geldstücke - 5 Mark bis 10 Pfennige - sind rund, die Vorderseite zeigt einen quadratischen Rahmen mit der Schrift „Deutsches Reich“ und die Wertziffer, die Kreisbogen füllen ein. Das Rückseitige zeigt die Reichsadler mit dem Reichskrone. Die Rückseite zeigt ein Bildnis des Kaisers. Die Münzen sind aus einem feinsten Porzellan gefertigt. Die Münzen sind in einem quadratischen Rahmen mit der Schrift „Deutsches Reich“ und die Wertziffer, die Kreisbogen füllen ein. Das Rückseitige zeigt die Reichsadler mit dem Reichskrone. Die Rückseite zeigt ein Bildnis des Kaisers. Die Münzen sind aus einem feinsten Porzellan gefertigt.

Das Rückseitige zeigt die Reichsadler mit dem Reichskrone. Die Rückseite zeigt ein Bildnis des Kaisers. Die Münzen sind aus einem feinsten Porzellan gefertigt.

Ein Befehl Trojksys.

Trojksys, der geistige Führer der roten Sowjetarmee, hat folgenden bezeichnenden Befehl erlassen: „Es sind zu erziehenden: 1. Die Schute, die die Soldaten zur Fahnenflucht verleiten suchen, 2. die Soldaten, die ihre Posten verlassen, 3. die Soldaten, die ihr Gewehr wegwerfen oder ihre Uniformen, selbst nur einen Teil davon, verkaufen, 4. alle Verurteilten, die die Festnahme der Fahnenflüchtigen zu verhindern suchen, 5. alle diejenigen, die den Fahnenflüchtigen Unterstutz gewähren. Die Fahnenflucht muß ein Ende nehmen! Dieser Befehl erklärt sich durch die starke Zunahme der Desertionen aus der Roten Armee. Die mobilisierten Bauern verlassen ihre Truppenteile und begeben sich nach ihren Dörfern, um die Feldarbeiten zu verrichten und sich und ihre Familien für den kommenden Winter zu versorgen.“

Polen.

„Peit Parfien“ meldet, Grabsti habe dem General Wisudski die notwendigen Weisungen zur Einstellung der Kämpfe und zur Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen übermittelt. Die Alliierten haben, so meldet Reuters, der Sowjetregierung den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Polen vorgeschlagen auf Grund der Voraussetzung, daß die Polen sich innerhalb ihrer rechtmäßigen Grenzen zurückziehen. Dem Waffenstillstand würde dann ein Friedenskonferenz aller R a n d-

staaten folgen. Wenn die Sowjetregierung ablehnt oder wenn sie die Polen innerhalb ihrer eigenen Grenzen angreift, so werden die Alliierten Polen volle Unterstützung (??) zuteil werden lassen.

„Daily Telegraph“ berichtet, daß eine Botenschaft von der Moskauer Regierung an die britische Regierung eingegangen sei, in welcher es heißt, Krassin habe den Bericht übergeben. Die Sowjetregierung werde Befehl zur Einstellung der Offensive gegen Polen geben, sofern die Alliierten die bolschewistische Regierung anerkennten und ihre Einwilligung zum Zutritt der Friedenskonferenz geben würden.

„Times“ bringt eine Unterredung des Spectator mit dem neuen polnischen Minister des Äußeren Fürst Sapieha, welcher sagte, Polen wünsche im Osten kein Territorium zu besetzen, auf dem sich nicht eine polnische Mehrheit befinde oder wo die Bevölkerung nicht selbst zu Polen gehören wolle. Wenn irgendeine internationale Organisation bestände, die in der Lage wäre, die polnischen Minderheiten in der Ukraine und in Weißruthenien zu beschützen, würden die polnischen Truppen unverzüglich zurückgezogen werden. Die polnische Regierung habe diese Gebiete nur provisorisch besetzt. Ob die Ukraine später sich Polen oder Rußland anschließen wolle, solle ihr überlassen sein. Reinesfalls wolle Polen in dieser Beziehung einen Druck auf die Ukraine ausüben. Zurzeit, als die Polen glaubten, in raschem Siegeszuge ungeheure Gebiete erobern zu können, hat man von dieser etwas plötzlich auftretenden Bescheidenheit nichts gemerkt. Jetzt sind die Truppen sauer.

Der Rückzug der Polen wird im übrigen fortgesetzt. In Gegend Polodsz und Orza-Borskow finden heftige Kämpfe statt. Es ist den Bolschewisten gelungen, die Beresina bei Brdrins zu überschreiten. Bei Rowno finden Kämpfe mit der Reiterei des Generals Budzini statt. - Minsk ist in den Händen der Bolschewisten.

Sächsischer politische Mitteilungen.

Der Bergarbeiterstreik im Zwickauer Revier

hat sich weiter ausgedehnt. Wie das „Zw. Tgl.“ hört, hat sich die Lage am Montag morgen wie folgt gestaltet: Voll ausständig sind die Belegschaften beim Erzgebirgischen Steinkohlenverein A.-G., Vereinsglied Wilhelmsschacht und auf den Arminischen Schächten. Bei der Bürgergewerkschaft sind 60 Prcz angefahren. Auf den Bräudenbergschächten wird ebenfalls nur zum Teil gearbeitet. Voll angefahren sind bei der Frühlicht die Belegschaften von Morgenstern und Florentin Kästner.

In einer in Schedewitz abgehaltenen Versammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands gab der Bezirksleiter Stadt. Langhorst eine Darstellung des Sachverhalts. Er betonte, daß die plötzliche Arbeitsniederlegung von gewerkschaftlichen Standpunkte aus nicht zu billigen sei, es hätte erst die nähere Begründung der Entcheidung des Schlichtungsausschusses abgewartet werden müssen. Wegen eines solchen Einzelfalles ohne weiteres in den Streik zu treten, könne nicht verantwortet werden. Langhorst wandte sich nachdrücklich gegen einen Sympathiestreik für die Schumannschen Arbeiter, solange nicht zuerst die Arbeiter der übrigen Betriebe der Metallindustrie in einen solchen eingetreten und nicht die betreffende Gewerkschaft im vorherigen Einverständnis mit dem Hauptvorstand mit einer Aufforderung zum Sympathiestreik an sie hergetreten sei. Trotz seiner eindringlichsten Ermahnungen wurde aber eine Resolution angenommen, in welcher gegen den Schlichtungsbescheid protestiert und die Wiedereinstellung Seiner in sein Amt verlangt und die Wiedereinstellung der Schumannschen Arbeiter bis Dienstag, den 13. d. M. verlangt wird, andernfalls der Streik auch darüber hinaus fortgesetzt werden solle. Die Bezirksleitung Zwickaus des Bergarbeiterverbandes schließt ihren Bericht über diese Versammlung mit den Worten: Wir würden lebhaft bedauern, wenn die Bergarbeiter wiederum zu spät eintrüben müßten, daß sie sich unüberlegt in einen wilden Streik haben hineinbegeben lassen. Wir müssen allen allgemein gewerkschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gründen jede Verantwortung für den Streik und seine Folgen ablehnen.

Am Sonabend tagten in der „Grünen Linde“ in Schedewitz die Beamten und Angestellten der Zwickauer Steinkohlenbergwerke, um zu dem Streik der Bergarbeiter Stellung zu nehmen. Im Laufe der Aussprache kam klar zum Ausdruck, daß die Beamten und Angestellten, die doch angesichts ihrer unmittelbaren Tätigkeit und Aussicht in den Betrieben Kenntnis von den Umständen zum Ausstand haben müssen, den gegenwärtigen Streik als das Einvernehmlichste bezeichnen, was je dagesen ist und mit gewerkschaftlichen Dingen nicht das Mindeste zu tun hat. Da in letzter Zeit auch wiederholt versucht worden ist, die Rechte der Beamten und Angestellten zu vernichten, wurde schließlich nachstehende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Beamten und Angestellten des Zwickauer Steinkohlenreviers beschließen einstimmig, daß sie für den Fall, wenn das einseitige Betriebsratsmitglied der Häuer Bruno Seifert vom Erzgebirgischen Steinkohlen-Arbeiterverein, trotz des Entschiedes des Schlichtungsausschusses wieder als Betriebsratsmitglied anerkannt wird, oder irgend ein Beamter auf Verlangen der Arbeiter abgesetzt wird, geschlossen in den Streik eintreten.“